



© Sebastien Thibault für DIE ZEIT

AfD-Spionageverdacht

Unterwegs im Auftrag fremder Mächte?

Die AfD spioniert im Auftrag des Kreml? Thüringens Innenminister hegt diesen Verdacht. In der Tat könnten manche ihrer parlamentarischen Anfragen auch dem Ausland nützen.

Von Tilman Steffen und Martín Steinhagen

24. Oktober 2025, 11:47 Uhr

Es ist ein brisanter Verdacht: Holen AfD-Abgeordnete in Deutschland Informationen ein, die sie anschließend an fremde Mächte weiterleiten? Der Thüringer AfD-Parlamentarier Ringo Mühlmann etwa, der im Rahmen seines Fragerechts als Abgeordneter von der Landesregierung wissen will [https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/103629/transit_militaerischer_gueter_durch_thueringen.pdf], wo und wann militärisches Gerät über Thüringens [<https://www.zeit.de/thema/thueringe>] Straßen transportiert wird? In einem auf den 11. September 2025 datierten, zwölf Fragen umfassenden Katalog verlangte er, zu erfahren, welche Konzepte zur

Abwehr von Sabotage der Transporte bestünden und welche Absprachen es zwischen Sicherheitsbehörden gebe, um die Routen zu sichern. Das klingt, als bitte man einen Kaufhausbesitzer, die Arbeitsweise seiner Alarmanlage öffentlich preiszugeben.

Andere verdächtige Anfragen der Thüringer AfD [<https://www.zeit.de/thema/alternative-fuer-deutschland>] betreffen die Drohnenabwehr, die Wasserversorgung oder den Zustand der Brücken im Land. Landesinnenminister Georg Maier (SPD) erweckte im *Handelsblatt* [<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-spionage-im-auftrag-des-kremls-spd-innenminister-schlaegt-alarm/100163924.html>] den Eindruck, die AfD betreibe Spionage: "Mit zunehmender Sorge" beobachte er, dass die AfD das parlamentarische Fragerecht missbrauche, "gezielt unsere kritische Infrastruktur auszuforschen". Angesichts der Detailtiefe der Fragen "drängt sich geradezu der Eindruck auf, dass die AfD mit ihren Anfragen eine Auftragsliste des Kremls abarbeitet". Unions-Fraktionschef Jens Spahn verlangte Aufklärung von AfD-Chefin Alice Weidel. Die Thüringer AfD widersprach, der Innenminister habe "augenscheinlich jedes Maß verloren". Björn Höcke stellte Strafanzeige gegen Maier.

Was will die AfD mit diesen Informationen?

Nach Informationen der ZEIT macht Maier seinen Befund am Inhalt von etwa 40 parlamentarischen Anfragen der AfD fest. Ein harter Beleg dafür, dass die Abgeordneten im Auftrag Russlands oder anderer Regierungen handeln und ihnen Informationen weitergeben, ist bislang aber nicht bekannt. Den Spionagevorwurf wollte er auf Nachfrage der ZEIT auch nicht mehr aufrechterhalten: "Mir ist lediglich aufgefallen, dass die Partei mit einer großen Anzahl Kleiner Anfragen gezielt Bereiche der kritischen Infrastruktur und Fähigkeiten der Sicherheitsbehörden in Thüringen abfragt" sagte Maier. "Und das in einer besonderen Detailtiefe." Das tue keine andere Partei. "Da stellt sich mir die Frage: Was will die AfD mit diesen Informationen?"

Nun ist das nicht allein eine Thüringer Angelegenheit. Bundesweit stellen AfD-Abgeordnete, unterstützt durch ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter, parlamentarische Anfragen – und nehmen damit ein Recht wahr, das allen Parteien in den Parlamenten gesetzlich zusteht: Speziell dafür tätige Abteilungen der Regierungen sind fristgemäß zur detaillierten Antwort verpflichtet – in der Regel. Das Fragerecht ist auch ein politisches Kampfmittel der Opposition gegen die jeweils Regierenden, die dadurch Versäumnisse und Missstände offenlegt. Denn Fragen wie Antworten sind in den Parlamentsdatenbanken öffentlich einsehbar. Im Bundestag [<https://www.zeit.de/thema/bundestag>] kamen allein in der

vergangenen Wahlperiode bis März 2025 insgesamt 44.500 parlamentarische Anfragen zusammen, die meisten von der Linken, dahinter die AfD.

Ein Blick in die Anfragen der AfD im Bundestag erweckt durchaus den Eindruck großer Detailtiefe, und zwar seit Jahren. Bekannt ist auch, dass Spitzenleute der Partei seit Jahren enge Beziehungen insbesondere in den Kreml und ins Weiße Haus pflegen. Fachleuten im Bundesinnenministerium fiel daher besonders ein Vorgang auf: Der kasachischstämmige Abgeordnete Anton Friesen und zwei weitere AfD-Parlamentarier wollten zur Vergiftung des russischen Putin-Kritikers Alexej Nawalny 2021 detailliert wissen, warum kontaminierte Gegenstände nicht untersucht und eine Zeugin nicht befragt wurden. Ende 2022 interessierte sich die AfD dafür, was die Bundesregierung über Geldwäsche durch russische Oligarchen weiß. Im März 2023 fragte sie detailliert nach den Munitionsvorräten der Bundeswehr. Unschwer erkennbar ist: Die Antworten darauf könnten auch für Russland interessant sein.

Antworten im Geheimschutzraum

Die Bundesregierung prüft genau, was sie preisgibt und was nicht. Das Fragerecht werde nicht unbegrenzt gewährt, sagt eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums, dem der für Spionageabwehr zuständige Verfassungsschutz untersteht. Zu laufenden Vorgängen etwa darf sie Abgeordneten Informationen verweigern. Gleiches gilt, wenn die Auskünfte "das Staatswohl oder grundrechtlich geschützte private Interessen beeinträchtigen" würden. Dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder die Antwort wird komplett verweigert oder als Verschlussache eingestuft. Im letzteren Fall können Abgeordnete sie im Geheimschutzraum des Bundestages einsehen. Dort erlangte Informationen zu veröffentlichen oder weiterzugeben, kann ein Strafverfahren nach sich ziehen.

Die Bundesregierung behandelt die AfD hier grundsätzlich wie alle anderen Parteien: Wenn sie als Verschlussache eingestufte Informationen preisgibt, bittet sie auch AfD-Abgeordnete in den Geheimschutzraum. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner sagt, im Zuge der von ihm gestellten schätzungsweise 1.000 Anfragen sei er etwa fünfmal in diesen Raum gebeten worden, um Antworten auf seine Fragen zu erhalten.

Der Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom, der in den Neunzigerjahren selbst durch den deutschen Auslandsgeheimdienst BND bespitzelt wurde, hält den Spionagevorwurf des Thüringer Ministers Maier für überzogen und "waghalsig". Er sieht darin einen Versuch Maiers, zu rechtfertigen, dass die

anderen Fraktionen der AfD keinen Sitz in den parlamentarischen Gremien für die Geheimdienstkontrolle zubilligen – wo deren Abgeordnete ja an Geheiminformationen herankämen.

Auch Schmidt-Eenboom verweist darauf, dass die Regierungen schutzbedürftige Informationen nicht preisgeben müssen. So antwortete die Bundesregierung auch nicht auf die AfD-Fragen nach den Munitionsvorräten der Bundeswehr, da sie "in besonders hohem Maße das Staatswohl berühren", wie es in der Antwort [<https://dserver.bundestag.de/btd/20/060/2006047.pdf>] heißt. Schmidt-Eenboom sagt auch, vieles andere von der AfD Erfragte, etwa zu Außenhandelsstrategien oder zur Sicherheitslage, sei ohnehin in öffentlichen Berichten der Ministerien oder der Sicherheitsbehörden nachlesbar.

Auch andere Fraktionen fragen detailliert

Im Bundesinnenministerium hat Maiers Vorstoß Kopfschütteln ausgelöst: Der SPD-Minister habe sich damit eher keinen Gefallen getan, heißt es. Gegen Maiers Vorwurf spricht, dass auch andere Oppositionsfraktionen Fragen stellen zu Infrastrukturprojekten oder anderen sensiblen Bereichen. Die bis 2021 in der Opposition sitzenden Grünen etwa erkundigten sich nach Tiefseebergbauinteressen der Bundesregierung, nach geplanten Investitionen der Deutschen Bahn, nach dem Umgang mit Uran, nach Gasimporten Deutschlands und deren Verteilung im Land, zur deutschen Rohstoffstrategie. Auch diese erfragten Informationen könnten für andere Staaten interessant sein. Die Linke etwa erkundigte sich [<https://dserver.bundestag.de/btd/20/081/2008181.pdf>] 2023 nach der China-Strategie der Bundesregierung oder nach Überwachungsmaßnahmen [<https://dserver.bundestag.de/btd/20/003/2000321.pdf>] durch deutsche Sicherheitsbehörden mittels der Software Pegasus. Zu Letzterem verweigerte die Regierung auch der Linken vollumfängliche Antworten.

Wie sehr sich die Fragen der Oppositionsfraktionen ähneln, zeigt auch ein anderes Detail: In einer Anfrage der AfD [<https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932193.pdf>] zur Entwicklungszusammenarbeit von 2021 verweist die Bundesregierung auf Antworten, die sie bereits den Grünen gab. In einer Anfrage der AfD von 2025 zur militärischen Unterstützung der Ukraine verweist sie auf eine Antwort an das BSW.